

Rat von Thorsten Frei: "Bringen Sie das Geld für den Bahnhof auf"

Von Claudia Ramsteiner



Der Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei (links) bei seinem Gemeindebesuch in Hausach am Donnerstag mit Bürgermeister Wolfgang Hermann.

Der Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei (links) bei seinem Gemeindebesuch in Hausach am Donnerstag mit Bürgermeister Wolfgang Hermann. ©Claudia Ramsteiner

Der Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei (CDU) riet der Stadt Hausach bei seinem Gemeindebesuch, die fehlenden drei Millionen Euro für die Barrierefreiheit des Bahnhofs zu übernehmen.

Viele Parlamentarier nutzten die sitzungsfreie Karwoche, um sich in ihrem Wahlkreis umzuhören. Der Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei (CDU) ließ sich am Donnerstag von Bürgermeister Wolfgang Hermann und den Fraktionsvorsitzenden Tobias Kamm (Freie Wähler), Frank Breig (CDU), Brigitte Salzmann (SPD) und Christoph Welschbach (Grüne) und den Amtsleitern die brennendsten Probleme der Stadt Hausach schildern.

Bahnhof: Nach all dem „Kuddelmuddel“ kämen nun aus neuen Fördertöpfen 17 Millionen für einen barrierefreien Bahnhof. „Damit fehlen immer noch drei Millionen Euro“, sagte Wolfgang Hermann. Es werde erwartet, dass die Kommune das übernimmt, „die überhaupt nicht dafür zuständig ist“. Als Kommunalpolitiker müsste er das ablehnen. Als Mensch sehe er aber einen großen Personenkreis, der es „wahnsinnig schwer hat am Hausacher Bahnhof“, schilderte er das „riesige Dilemma“. Vom Land sei nicht mehr zu erwarten. Es sei ein Unding, dass die Politik für die Aufgaben anderer einspringen muss – und dann ihre eigenen Aufgaben irgendwann nicht mehr bewältigen kann. Deutlich fragte er Frei nach weiterer Unterstützung durch den Bund. Die Antwort fiel eher unbefriedigend aus. Sein persönlicher Ratschlag aus der Sicht des ehemaligen OB von Donaueschingen sei, die drei Millionen einzusetzen und die Barrierefreiheit in Angriff zu nehmen: "Die Stadt profitierte auf lange Sicht davon mehr als sie einsetzen muss", glaubt er.

Die Stadt kümmere sich sehr viel um überregionale Projekte. Man habe die gesamte Schule barrierefrei saniert, „und dann kommen gehbehinderte Schüler gar nicht hin, weil sie auf Gleis 2 stecken bleiben“, sagte Tobias Kamm. Die Finanzierung sei eine temporäre Frage, gab Kämmerer Werner Gisler zu bedenken. Übermorgen gehe es um Projekte, die originär der Stadt zugeordnet sind, „und da geht es auch um Menschen, wo soll das enden?“, fragte er. Die Ergebnisse der

Teilprivatisierung von Bahn, Post und Telekom fielen jetzt ausgerechnet den Kommunen auf die Füße.

Wenn Hausach eine Beteiligung am Bahnhof ablehne, würden andere zum Zug kommen, bei denen die Kommune mitmacht, vermutete Frei, dass es dann „länger gehen können als so einige Amtszeiten“. Da half es auch nicht, dass der Abgeordnete "die Verquickung von Zuständigkeiten und Finanzierungsanteilen als unser Kernproblem in Deutschland" bezeichnete.

Bund muss helfen

Flüchtlinge: Hausach habe es bisher geschafft, Wohnraum zu aquirieren und das Kontingent stets erfüllt „ohne einen einzigen Container aufzustellen“, würdigte Bürgermeister Hermann die Leistungen der städtischen Bediensteten und der Bürger. "Wenn nun weitere zehn angekündigte kommen, dann leben 190 Geflüchtete in der Stadt", sagte Hauptamtsleiterin Viktoria Malek. Es sei kein Ende in Sicht, „wir kommen irgendwann von einer guten Intergration zu einer Aufbewahrung“, befürchtete Hermann. Es sei nicht nur eine Frage von Aufnahme und Unterbringung: Für Integration brauche es Wohnungen, ärztliche Versorgung, Kita-Plätze, bestätigte Frei. Im vergangenen Jahr seien mehr als jemals in den Krisenjahren um 2015 aufgenommen wurde.

Man müsse unterscheiden zwischen der humanitären Migration und der Arbeitsmigration, so Frei. Die Migration hänge ab von migrationspolitischen Entscheidungen im Berlin. Deshalb sei es unfair, die Kommunen damit allein zu lassen. Bei einer Bundesratskonferenz mit dem Kanzler werde es am 10. Mai genau darum gehen. Die Bundesregierung könne es sich nicht leisten, da mit leeren Händen zu kommen. Migration habe positive und negative Seiten – welche davon überwiegt, "liegt vor allem an uns, nämlich, ob Integration gelingt oder nicht", sagte Frei. Tobias Kamm sprach das Problem an, dass auch gut ausgebildete eingewanderte Fachkräfte nach einem internationalen Studium nur Englisch sprechen.

Bürokratie: „Wir machen uns kaputt“, nannte Wolfgang Hermann das Beispiel Leader-Förderung für den Wohnmobilstellplatz, für den unnötig viele Nachweise erbracht werden mussten. Das Misstrauen, das den Kommunen entgegengebracht werde, koste immens Zeit und Geld. Subsidiarität heiße, dass man die Entscheidung aus der Hand gibt und an jemanden delegiert, der näher am Problem dran ist, sagte Frei und sieht die Lösung darin, die Förderprogramme weit zurückzufahren und dafür den Kommunen mehr Geld zur Verfügung zu stellen. „Das würde bedeuten, dass wir bessere Lösungen bekommen“, so Frei. Oft seien auch die von oben aufgedrückten Standards ein Problem. Man brauche vermehrt durch Pragmatismus initiierte Lösungen. Der Applaus aller war ihm sicher – die nun vermutlich davon ausgehen, dass Frei in diesem Sinn auf die mitregierende Landes-CDU einwirkt.